Kooperation

Gemeinsame KI-Plattform für drei Länder

[11.05.2026] Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg wollen beim Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung enger zusammenarbeiten. Eine gemeinsame Plattformarchitektur soll Standards, Schnittstellen und Pilotanwendungen bündeln.

Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg haben eine gemeinsame Absichtserklärung zur länderübergreifenden Zusammenarbeit beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung unterzeichnet. Das geht aus Meldungen des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung Nordrhein-Westfalen und des Hessischen Ministeriums für Digitalisierung und Innovation hervor. Die Kooperation ist zunächst bis Ende 2028 angelegt und soll perspektivisch auch weiteren Ländern und dem Bund offenstehen.

Die drei Länder wollen eine leistungsfähige, sichere und interoperable Plattformarchitektur aufbauen, als einheitliche Grundlage für KI-Anwendungen in der Verwaltung. Dabei setzen die Länder nach Angaben der Ministerien auf offene Standards, hohe Anforderungen an Datenschutz und Informationssicherheit sowie auf eine föderal anschlussfähige Infrastruktur. In einem ersten Schritt sollen gemeinsame Standards und Schnittstellen definiert werden, danach sind eigene Pilotanwendungen vorgesehen. Datenschutz, Informationssicherheit und die Vorgaben der europäischen KI-Verordnung sollen berücksichtigt werden.

Standards statt Insellösungen

Eine Roadmap für die Umsetzung sollen die technischen Teams der Länder erarbeiten. Innerhalb von höchstens neun Monaten sollen ein gemeinsamer Architektur- und Standardisierungsrahmen sowie Standards für zentrale Schnittstellen vorliegen. Darauf aufbauend wollen die Länder eine Referenzarchitektur, Governance-Modelle sowie erste Pilot- und Implementierungsprojekte planen.

Die nordrhein-westfälische Digitalministerin Ina Scharrenbach bezeichnete die Vereinbarung als „Zukunftsbund für Künstliche Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung“. Künstliche Intelligenz werde zu einer strukturprägenden Technologie staatlicher Handlungsfähigkeit. Eine gemeinsame Plattformstrategie ermögliche standardisierte Schnittstellen, gemeinsame Sicherheits- und Datenschutzstandards, einheitliche Qualitäts- und Dokumentationsanforderungen sowie abgestimmte Governance-Modelle. „Damit setzen wir auf Zusammenarbeit statt Insellösungen“, sagte Scharrenbach.

Auch Hessens Digitalministerin Kristina Sinemus hob die Bedeutung gemeinsamer Standards hervor. Zudem sollte die digitale Souveränität gestärkt und Innovationen sollten schneller in die Anwendung gebracht werden. Baden-Württembergs Innen- und Digitalminister Thomas Strobl sagte, mit der Absichtserklärung solle sichergestellt werden, dass die KI-Entwicklung nicht aus der Hand gegeben werde.

Bestehende Projekte als Grundlage

In die Kooperation bringen die Länder eigene Schwerpunkte ein, unter anderem bei Hochleistungsrechenzentren, KI-Forschung und -Entwicklung, Verwaltungsmodernisierung, Informationssicherheit, Standardisierung und IT-Architektur. Die Zusammenarbeit baut auf bereits

bestehenden KI-Initiativen der Länder auf. So bringt Nordrhein-Westfalen insbesondere NRW.Genius (wir berichteten) ein. Die KI-gestützte Verwaltungsassistenz unterstützt Beschäftigte bei Routineaufgaben, Recherche und Textarbeit.

Baden-Württemberg entwickelt mit der Verwaltungsassistenz KIVA eine Referenzarchitektur für den souveränen Einsatz generativer KI in der Verwaltung. Die Architektur ist offen, cloudagnostisch und kann sowohl in eigenen Rechenzentren als auch bei anderen Anbietern betrieben werden. Sie umfasst unter anderem ein Zugangssystem für verschiedene KI-Modelle, Funktionen zur sicheren Einbindung von Verwaltungsdaten sowie eine Plattform für KI-gestützte Anwendungen und Agenten. Ergänzend ist mit F13 eine KI-Assistenz für Textarbeit, Recherche und Dokumentenverarbeitung im Einsatz (wir berichteten). Beide Ansätze folgen dem Prinzip „Einer für Alle“ und sind auf eine länderübergreifende Nutzung ausgelegt. Hessen bringt seinen modularen, cloudbasierten KI-Assistenten AIGude in die Kooperation ein, der aktuell pilotiert wird und im Jahr 2026 in den Regelbetrieb übergehen soll.

(sib)

Stichwörter: Politik, Baden-Württemberg, Hessen, künstliche Intelligenz, Nordrhein-Westfalen